

Clariant steuert auf einen Showdown zu

Chemie Der Verwaltungsrat lässt die oppositionellen US-Aktionäre abblitzen. Es bahnt sich ein Kampf um die Strategie der Firma an.



Das Clariant-Chemiewerk in Muttenz.

Bild: Georgios Kefalas/Keystone (26. August 2017)

Im Kampf um die Macht beim Chemiekonzern Clariant bahnt sich ein Showdown an. Das Management unter Führung von CEO und Verwaltungsrat Hariolf Kottmann und die in der Investmentgesellschaft White Tale zusammengesetzten oppositionellen amerikanischen Aktionärsgruppen 40 North und Corvex sind sich an einem Treffen Anfang Woche offensichtlich keinen Schritt nähergekommen.

White Tale hatte Ende Oktober als grösste Aktionärin mit einer Beteiligung von über 20 Prozent ultimativ zwei Forderungen aufgestellt: Der Clariant-Verwaltungsrat hätte erstens sofort drei White-Tale-Vertreter als Kandidaten für eine Zuwahl in das Aufsichtsgremium nominieren sollen. Und zweitens hätte Clariant öffentlich die Verpflichtung eines «unabhängigen Finanzberaters» bekanntmachen sollen, der mit einer eingehenden Überprüfung aller strategischen Optionen für das Unternehmen hätte beauftragt werden müssen.

Von diesen Forderungen will der Clariant-Verwaltungsrat lediglich das absolute Minimum erfüllen. Sein einziges Zugeständnis

besteht aus dem Angebot an White Tale, «ein Registrierungsverfahren einzuleiten», um der ordentlichen Generalversammlung vom 19. März 2018 einen Kandidaten für den Verwaltungsrat präsentieren zu können. Clariant versteht das Angebot als Geste «im Sinn der Offenheit gegenüber Vorschlägen von Grossaktionären», wie es in der gestrigen Medienmitteilung heisst.

Im Verwaltungsrat untervertreten

Die Bemerkung dürfte bei White Tale als Provokation ankommen, zumal die Aktionäre der bayrischen Süd-Chemie mit einem Anteil von 15 Prozent mit zwei Vertretern im Aufsichtsgremium repräsentiert sind. Die Forderung nach einer Prüfung der strategischen Optionen durch eine «unabhängige» Drittpartei wird rundweg abgelehnt. «Der Verwaltungsrat nimmt diesen Prozess ausdrücklich so wahr, dass er nur darauf ausgerichtet ist, Bieter für verschiedene Geschäfte zu finden. Damit würde letztendlich das Unternehmen zerschlagen und die Vermögenswerte verkauft werden», begründet Clariant die-

sen Entscheid. White Tale war unmittelbar zu keiner Stellungnahme bereit, stellt auf Anfrage aber eine Reaktion in der kommenden Woche in Aussicht. Aller Voraussicht nach wird White Tale nun eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen, um die Forderungen dort durchzusetzen. Mit dieser Drohung hatte White Tale Ende Oktober die Forderungen erhoben.

Für Wahlen in den Verwaltungsrat sind 50 Prozent der Stimmen nötig. White Tale müsste noch etliche andere Aktionäre für die eigene Sache mobilisieren können. Kottmann sagte gestern, nebst den Süd-Chemie-Aktionären würde die «bewährte und erfolgreiche Wachstumsstrategie» von Clariant auch von «der grossen Mehrheit» der institutionellen Anleger unterstützt. Gleichzeitig räumt Kottmann auch ein: «Die institutionellen Investoren sind verunsichert. Sie wissen nicht, was tun.» Nach Kottmanns Darstellung besteht das Dilemma darin, dass White Tale versuche, den eigenen Nutzen zu maximieren, während der Verwaltungsrat den Unternehmenswert steigern will.

Aussichten

Opportunismus macht unglaublich

Neuseeland ist schlimm, ganz schlimm. So schlimm, dass die Schweiz mit diesem Staat – so sieht es jedenfalls momentan aus – keinen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten pflegen will. Ich habe das gelesen und mich gefragt: Ja, was habe ich denn da verpasst. Eben noch ist ein Bekannter hellbegeistert dorthin ausgewandert – in einen Staat, der nun mit Saudi-Arabien (dazu später etwas) auf gleiche Stufe gestellt wird. So sah es jedenfalls der Nationalrat in der Herbstsession.

Schauen wir uns zunächst Neuseeland an: Im Korruptionsindex von Transparency International (2016) war Neuseeland auf Rang 2 (nach Dänemark und vor der Schweiz). Neuseeland ist ein Rechtsstaat und ganz gewiss von ganz anderem guten Kaliber als etwa Russland oder Kolumbien. Was steckt also dahinter? Ein Faktum, das jedem Schweizer, der nach Neuseeland auswandert, bekannt ist: Die AHV-Renten aus der Schweiz werden von der neuseeländischen Altersrente abgezogen. Das ist in Neuseeland geltendes Recht, und wem dies nicht passt, der muss nicht dorthin ausreisen, um zu arbeiten. Diese Regelung mag stören, aber es ist vollkommen sachfremd, deswegen den sonst sehr undifferenziert gewährten automatischen Informationsaustausch zu verweigern.

Dahinter steckt zum einen offensichtlich die etwas seltsam anmutende Absicht, in Neuseeland lebende Schweizer zu schützen, die den dortigen Fiskus (und die dortige Sozialversicherung) hintergehen, indem sie die AHV-Renten nicht deklarieren, damit sie eine höhere neuseeländische Altersrente dazu erhalten, und zum anderen ein Sozialabkommen zwischen der Schweiz und Neuseeland zu erreichen, das

dieser Anrechnung ein Ende setzt. Das ist ein Schildbürgerstreich des Nationalrates, mit dem sich Parlamentarier der Lächerlichkeit preisgeben und die Schweiz letztlich vorführen: Rückgrat sieht anders aus. Immerhin: Aus Sicht der internationalen Staatengemeinschaft (G20, OECD u. a.) ist der Austausch von Bankkundendaten das richtige Mittel, um Steuerhinterziehung und Steuerbetrug in Zukunft einzudämmen.

Eine selektive Empörungskultur wird sodann gegenüber Saudi-Arabien betrieben. Auch diesem Staat wird die Qualität als Empfängerland für die Finanzinformationen abgesprochen. Der Grund liegt darin, dass dem Land Menschenrechtsverletzungen, Terrorismusfinanzierung und aggressive Aussenpolitik vorgeworfen werden. Dass Saudi-Arabien nicht sympathisch wirkt, ist eine legitime Wahrnehmung. Allerdings mangelt es der entsprechenden Schlussfolgerung bezüglich Informationsaustauschs an Kohärenz. Schauen wir uns noch die Vereinigten Arabischen Emirate an (denen liefern wir Daten, das sind also Partner). Quellen wie Amnesty International halten fest: Es gibt dort keine Wahlen nach demokratischen Prinzipien, keine Gewaltentrennung, und politische Parteien sind nicht zugelassen. Zu den bedeutendsten Menschenrechtsproblemen gehören willkürliche Verhaftungen von Andersdenkenden, Medienschaffenden und Menschenrechtsaktivisten sowie weitere Mängel des Justizregimes. Zudem liegen Berichte über Folter und Misshandlung während der Haft vor. Die Todesstrafe wird weiterhin verhängt.

Wichtige Grundrechte, welche die persönliche Freiheit betreffen, etwa die Meinungsäusserungs-, die Medien-, die Versammlungs- und die Vereinigungsfreiheit, sind übermässig eingeschränkt.

Und: Wie ist das jetzt genau mit der Beachtung der Menschenrechte in China oder in Russland oder in Mexiko? Und die Todesstrafe? In China sind 2016 mehr Menschen hingerichtet worden als in allen anderen Ländern zusammen, und die Korruption steigt nach wie vor an. Und wie der Umgang mit Andersdenkenden ist, weiss jeder, der nicht nur Verdummungsfernsehen schaut. Die Menschenrechte werden in China nicht beachtet, und kritische Verleger oder Buchautoren verschwinden. Das Bestehen auf Meinungsäusserungsfreiheit kann dort tödlich sein.

Kai Strittmatter, ein deutscher Journalist, der in China gelebt und gearbeitet hat, hat zu diesem Land kürzlich in der «Süddeutschen Zeitung» unter dem Titel «Totale Kontrolle» einen Beitrag publiziert. China ist ein Überwachungsstaat, der nach Perfektion strebt. Man plant eine Rückkehr des Totalitarismus im digitalen Gewand, schreibt Strittmatter. Es entsteht eine Diktatur 2.0. Der Nationalrat möchte zudem, dass der Partnerstaat über zufriedenstellende Zustände bei der Korruptionsverhinderung verfügt. Ein Blick in die dafür üblichen Quellen zeigt, dass es darum in Mexiko mies bestellt ist und dass Saudi-Arabien sich wie viele Staaten im Mittelfeld befindet. Diesen ändern Staaten oder auch Mexiko aber liefert die Schweiz die Daten. Es ist mehr als ein Hohn.



Monika Roth
Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

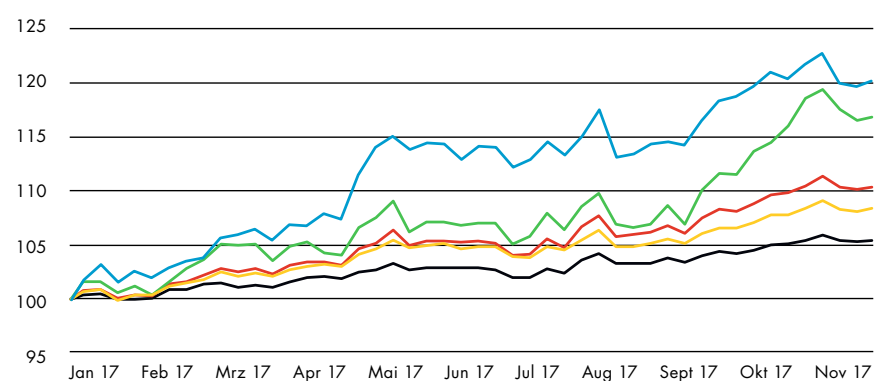
ANZEIGE

Finanzmärkte und LUKB Anlagefonds

24. November 2017

Die Eidgenössische Zollverwaltung publizierte in dieser Woche die Oktober-Daten zum Schweizer Aussenhandel. Im Berichtsmonat stiegen sowohl die Importe als auch die Exporte gegenüber dem Vorjahresmonat. Während die Einfuhren um sieben Prozent zulegten, erhöhten sich die Exporte um fünf Prozent. Das Exportwachstum war breit abgestützt, wobei einzig die chemisch-pharmazeutischen Produkte einen Rückgang auswiesen. Die Aktienmärkte zeigten sich in der Berichtswoche trotz wenigen richtungsweisenden Unternehmens- und Konjunkturdaten von ihrer freundlichen Seite, wobei der heimische Markt insbesondere durch die Indexschwergewichte gestützt wurde. Von der Marktentwicklung profitierten in der Berichtswoche insbesondere die LUKB Anlagefonds mit grossem Schweizer Aktienanteil.

Entwicklung der LUKB Anlagefonds indexiert per Januar 2017



Aktien	akt. Index	Wochenfrist	seit 1.1.
SMI	9'343	1.7%	13.7%
Euro Stoxx 50	3'598	1.4%	9.3%
FTSE 100	7'420	0.5%	3.9%
Dow Jones Ind. Avg.	23'526	0.7%	19.0%
Topix	1'781	1.0%	17.2%

Zinsen	akt. Rendite	Wochenfrist	seit 1.1.
CHF 3 Mt.	-0.751	0.01 PP	0.02 PP
CHF 10 J.	-0.070	0.01 PP	0.07 PP
EUR 3 Mt.	-0.380	0.00 PP	0.04 PP
EUR 10 J.	0.363	0.00 PP	0.16 PP
USD 3 Mt.	1.462	0.04 PP	0.46 PP
USD 10 J.	2.340	0.00 PP	0.10 PP

Devisen	akt. Kurs	Wochenfrist	seit 1.1.
EUR/CHF	1.165	0.1%	8.7%
GBP/CHF	1.307	0.0%	3.9%
USD/CHF	0.981	0.8%	3.7%
JPY/CHF	0.881	0.1%	1.2%
EUR/USD	1.187	0.7%	12.9%

Anlagefonds	akt. Kurs	Wochenfrist	seit 1.1.
LUKB Expert-Ertrag	147.90	0.0%	5.6%
LUKB Expert-Vorsorge 45	149.50	0.2%	8.6%
LUKB Expert-Zuwachs	197.30	0.1%	10.6%
LUKB Expert-TopGlobal	166.00	0.1%	17.0%
LUKB Crowders TopSwiss	132.40	0.5%	20.4%
LUKB Expert-Tell	107.30	0.9%	n.a.*

* lanciert per 31. März 2017

- LUKB Expert-Ertrag
- LUKB Expert-Vorsorge 45
- LUKB Expert-Zuwachs
- LUKB Expert-TopGlobal
- LUKB Crowders TopSwiss

Anlageberatung und LUKB Anlagefonds

Informieren Sie sich unter
www.lukb.ch/expert-markt

Bargeldlos bezahlen mit Twint
www.lukb.ch/twint

Lassen Sie sich persönlich oder telefonisch unter
0844 822 811 beraten.

Für jeden Anleger die passende Lösung.

